

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/3126/2010**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 08.06.2010

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Gerhard Merz, SPD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss	21.06.2010	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	01.07.2010	Entscheidung

Betreff:
Schulbaupauschale
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen protestiert auf das Entschiedenste gegen Pläne der Hessischen Landesregierung, die Schulbaupauschale für die Schulträgerkommunen zu streichen. Zusammen mit der beabsichtigten Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um insgesamt 400 Mio. € stellt dies eine unerträgliche Verschlechterung der Finanzsituation der Städte und Landkreise dar. Für die Stadt Gießen würde sich aus beiden Maßnahmen ein Einnahmeverlust von ca. 4,8 Mio. € ergeben, die unter keinen Umständen hinnehmbar sind.“

Begründung:

Die Landesregierung hat auf der Kommunalkonferenz während des Hessentages in Stadtallendorf erklärt, dass sie eine Streichung bzw. Aussetzung der Schulbaupauschale erwägt, da durch das Konjunkturprogramm Schulbauinvestitionen zumindest für einige Jahre nicht mehr vordringlich seien. Des Weiteren hält die Landesregierung erklärtermaßen weiterhin an der seit geraumer Zeit beabsichtigten Kürzung des KFA fest.

Gerhard Merz
Fraktionsvorsitzender

